



Kreisnachrichten

Informationen und öffentliche Bekanntmachungen der Kreisverwaltung Bernkastel-Wittlich

Ausgabe 03/2023

Kundenorientiert - Innovativ - Wirtschaftlich

Dienstag, 17.01.2023

Kreistag beschließt Haushalt 2023

Der rheinland-pfälzische Landtag hat am 24. November 2022 die Reform des Kommunalen Finanzausgleichs (KFA) beschlossen, damit tritt die Neuregelung pünktlich zum Jahr 2023 in Kraft. Da im Dezember 2022 noch nicht alle Eckpunkte abschließend durch die Landesregierung geklärt waren, musste die sonst üblicherweise im Dezember stattfindende sogenannte „Haushaltssitzung“ des Kreistages Bernkastel-Wittlich in den Januar verschoben werden. In seiner ersten Sitzung des Jahres 2023 hat der Kreistag des Landkreises Bernkastel-Wittlich daher den Haushalt 2023 beraten und mehrheitlich beschlossen.

Der Landkreis plant in 2023, nicht zuletzt auf Grund der Neuregelungen im Rahmen des Finanzausgleiches, mit einem Überschuss im Ergebnishaushalt von 2,43 Mio. Euro. Aufgrund der positiven Jahresergebnisse in 2020 und 2021 ist der Landkreis wegen des vorzeitigen Erreichens des Zielkorridors KEF im Jahr 2022 aus dem kommunalen Entschuldungsfonds ausgeschieden. Unter Einbeziehung der eingestellten Tilgungsleistungen für investive Kredite (5,06 Mio. Euro) ergibt sich somit eine freie Finanzspitze von rund 3,131 Mio. Euro.

Im Finanzhaushalt 2022 wird der Landkreis bei der Summe der ordentlichen Ein- und Auszahlungen einen Überschuss von rund 8,191 Mio. Euro erzielen, der dazu ausreicht, die Auszahlungen zur planmäßigen Tilgung von Investitions-

krediten von 5,060 Mio. Euro zu decken.

Auf rund 24 Mio. Euro werden sich die investiven Auszahlungen im Jahr 2023 belaufen. Schwerpunkte sind dabei die Schulen (rund 6 Mio. Euro), die Kreisstraßen (rund 4 Mio. Euro) sowie der Breitbandausbau (rund 7,75 Mio. Euro). Der Eigenfinanzierungsanteil des Landkreises für die Durchführung von Investitionsmaßnahmen beläuft sich auf insgesamt 5,252 Mio. Euro und wird finanziert über die sogenannte freie Finanzspitze von 3,1 Mio. Euro sowie über eine geplante Kreditaufnahme von 2,1 Mio. Euro. Unter Berücksichtigung der geplanten Tilgung wird sich keine Netto-Neuverschuldung in 2023 ergeben, vielmehr wird sich der Gesamtkreditbestand um 2,96 Mio. Euro reduzieren.

Landrat Gregor Eibes führt aus, dass die durch die Neuregelung des Landesfinanzausgleichsgesetzes (LFAG) und den damit einhergehenden Veränderungen bei den Schlüsselzuweisungen für das Jahr 2023 erzielte Ergebnisverbesserung von rund 17,5 Mio. Euro, durch die Summe der Mehraufwendungen einzelner Fachbereiche mehr als aufgebraucht wird. Die höchsten Zuschussbedarfe fallen in den Bereichen Schülerbeförderung, Tageseinrichtungen für Kinder sowie bei der Eingliederungshilfe an. Dies bedeutet, dass die Leistungsfähigkeit des Kreises derzeit gegeben ist, bedeutet jedoch auch, dass die Leistungsfähigkeit im Hinblick auf die erforderlichen

Mehraufwendungen zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben als volatil angesehen werden muss. Erfreut zeigt sich Landrat Eibes über die Möglichkeit des Kreises zur Senkung der Kreisumlage um 3 %. Im Hinblick auf die beabsichtigte Schuldentilgung in 2023 von ca. 5 Mio. Euro ist diese Absenkung ein sehr gutes Ergebnis.

Der Haushaltsplan für das Jahr 2023 kann digital aufbereitet unter www.bernkastel-wittlich.de/kreisverwaltung/fachbereiche/finanzen-und-kostensteuerung/haushalt-des-landkreises/digitaler-haushalt-2023/ eingesehen werden.

Weitere Themen

Neben dem Kreishaushalt für das Jahr 2023 wurden weitere Themen behandelt. Unter anderem wurde eine Resolution beschlossen, die sich gegen einen Vorschlag der EU-Kommission wendet, eine neue Verordnung über die nachhaltige Verwendung von Pflanzenschutzmitteln zu erlassen. Aufgrund eines Vorstoßes der EU ist zu befürchten, dass in Naturschutz-, Vogelschutz- und in weiteren unter Schutz stehenden Gebieten wichtige Pflanzenschutzmaßnahmen stark eingeschränkt beziehungsweise ganz verboten werden. Davon wäre die Weinbaulich wie landwirtschaftlich großräumige Gebietskulisse unseres Landkreises stark betroffen. Bei Umsetzung der von der EU angekündigten Maßnahmen wäre mit einem

erheblichen Rückgang von Landwirtschafts- und Weinbaubetrieben im Landkreis zu rechnen. Konventioneller als auch ökologischer Weinbau stünden gleichermaßen vor dem Aus. Auf Vorschlag der Kreistagsfraktionen FDP, CDU, FWG und Bündnis 90/Die Grünen wurde mit Zustimmung aller Fraktionen folgende Resolution formuliert, die durch die Kreisverwaltung an die zuständigen Stellen der Bundes- und Landesregierung mit der Bitte um Unterstützung weitergeleitet wird:

Für Pflanzenschutz auch in Zukunft in Schutzgebieten und im Speziellen zur Sicherung der Existenz des ökologischen wie konventionellen Weinbaues!

Landwirtschaft und Weinbau stehen insgesamt vor massiven Herausforderungen: Der Druck der Gesellschaft zur Regulierung des Pflanzenschutzes ist immens. Im Landkreis Bernkastel-Wittlich setzen sich alle Verantwortlichen bereits für den Erhalt der Artenvielfalt (Biodiversität) ein. Dies betrifft auch den Vogel- und Insektenschutz. Durch gezielte Bodenneuordnungsmaßnahmen wurden Lebensräume für schützenswerte Vogelarten neu geschaffen. Daher kommt der Vereinbarkeit von ökologischer und ökonomischer Nachhaltigkeit eine besondere Rolle zu.

Der Vorschlag der EU-Kommission für eine Verordnung über die nachhaltige Verwendung von Pflanzenschutzmitteln

(Fortsetzung auf Seite 2)

(Fortsetzung von Seite 1)

zur Änderung der Verordnung (EU) 2021/2115 befindet sich derzeit in den Beratungen.

Die EU-Kommission will einen Weg einschlagen, dem unser Landkreis in seiner Ausgestaltung nicht zustimmen darf. Die Reduktionsziele von 50 % sollen sowohl auf EU- als auch auf Ebene der Mitgliedstaaten rechtsverbindlich werden. In sogenannten „empfindlichen Gebieten“, wie städtischem Grün- und Schutzgebieten, gemäß Richtlinien 200/60/EG, Natura-2000-Gebieten usw., soll chemischer Pflanzenschutz generell verboten werden. Mit dem Entwurf würden wir uns von dem bewährten

System des integrierten Pflanzenschutzes verabschieden und in weiten Teilen unseres Landkreises eine funktionierende und bereits auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Landwirtschaft, wie auf Nachhaltigkeit ausgerichteter Weinbau unmöglich machen. Dadurch gefährdet der Entwurf die wirtschaftliche Überlebensfähigkeit und die Qualitätsorientierung. Sollten die jetzigen Pläne realisiert werden, wären nicht nur die Bewirtschafter in ihrer Existenz betroffen, sondern alle Eigentümer, auch die Verpächter, weil damit der Verfall der Grundstückspreise einhergeht.

Allein die Definition der „ökologisch empfindlichen Gebie-

te“ geht weit über bisherige Kulissen hinaus. Der Bauern- und Winzerverband schätzt, dass in unserem Landkreis ca. 40 % von 414 km² landwirtschaftlich genutzter Fläche und in Rheinland-Pfalz auf rund einem Drittel der insgesamt ca. 700.000 Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche eine Bewirtschaftung de facto nicht mehr möglich sein wird. Auch der ökologische Anbau wäre von den neu vorgesehenen Regelungen massiv betroffen.

Statt kontrollintensiven Pauschalverbots, wie im EU-Verordnungsentwurf vorgesehen, muss in einem neuen Entwurf stattdessen eine Artenvielfalt verankert werden.

Sowohl beim integrierten, als auch beim ökologischen Anbau muss Pflanzenschutz weiterhin im „notwendigen Mindestmaß“ möglich sein, um Ernten zu schützen, Versorgungssicherheit zu gewährleisten und die natürliche Lebensgrundlage zu erhalten. Der Landkreis Bernkastel-Wittlich bittet die Gremien in Land und Bund, allen voran den Bundeslandwirtschaftsminister, bei der EU entsprechend initiativ zu werden.

Alle im Rahmen der Sitzung behandelten Themen können bei weiterem Interesse im Rats- und Bürgerinformations-Netz RUBIN unter www.bernkastel-wittlich.more-rubin1.de eingesehen werden.

Haushaltsreden der Fraktionen zum Kreishaushalt 2023

CDU

Sehr geehrter Herr Landrat, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen,

wir treffen uns heute, um über den Haushalt 2023 zu beraten. Es ist wieder viel passiert im abgelaufenen Jahr. Die Welt hat sich grundlegend verändert, wir dachten alle, dass im Jahr 2022 die Bekämpfung der Corona Pandemie und die Bewältigung Ihrer Folgen unser wichtigstes Ziel sein würde. Doch der 24. Februar hat alles bisher Dagewesene auf den Kopf gestellt. Der Überfall von Russland auf die Ukraine stellt, wie unser Bundeskanzler zu Recht festgestellt hat eine, Zeitenwende dar. Die Auswirkungen, ob sie humanitärer oder finanzieller Natur waren, konnten wir uns bei unserer letzten Haushaltsberatung nicht vorstellen. Wir müssen mit dramatisch gestiegenen Kosten für Energie kämpfen, müssen uns mit der Bewältigung des Flüchtlingsstroms infolge dieses Kriegs auseinandersetzen und sind gefordert, die Werte unserer Demokratie und Freiheit zu verteidigen.

Wie lange dieser unsägliche Krieg noch andauern wird,

weiß niemand. Nur eines ist schon jetzt klar, die Zeit des einfachen weiter so ist abgelaufen. Wir müssen für unseren Wohlstand stärker kämpfen und ich behaupte, dass wir alle ärmer geworden sind.

Wir bleiben trotzdem hoffnungsvoll, dass wir das Licht am Ende des Tunnels sehen können. Denn zumindest der Kampf mit dem Land um den kommunalen Finanzausgleich hat sich gelohnt. Nachdem das Land höchstrichterlich dazu aufgefordert wurde, diesen zu ändern, liegen nun die Zahlen vor, der Landtag hat im November 2022 das entsprechende Gesetz dazu verabschiedet. Was letztlich auch der Grund dafür ist, dass wir uns erst heute zur Beratung des Haushalts 2023 treffen.

Der Landkreis wird seine Kreisumlage um 3% oder um rd. 5 Mio. € senken. Damit gehören wir zu den wenigen Landkreisen in Rheinland-Pfalz die dieses tut. In Anbetracht der Gesamtsituation, insbesondere der anstehenden Investitionen von rd. 24 Mio. € und des gleichzeitigen Abbaus der Investivkredite um rd. 3 Mio. € ist das ein ausge-

glichener Haushaltsentwurf in schwierigen Zeiten. Mit der Hoffnung, dass die Zukunft, insbesondere, was die geopolitische Lage mit dem immer noch andauernden Krieg in der Ukraine und den dunklen Wolken am Konjunkturhorizont sich entspannt. Kleine Ausschläge können hier schon große Auswirkungen auf unseren Haushaltsentwurf haben.

Der neue kommunale Finanzausgleich beschert dem Landkreis Bernkastel-Wittlich immerhin rd. 17,4 Mio. € an zusätzlichen Einnahmen. Das ist ein Menge Geld, die zeigt, wie wir in den vergangenen Jahren durch das Land behandelt wurden und damit letztlich die Defizite im Ergebnishaushalt und als Folgend im Finanzhaushalt aufgebaut haben.

Die Höhe der neuen Schlüsselzuweisung b ist aber auch ein Zeichen dafür, dass unser Landkreis besonders im Bereich der Sozialausgaben und hier möchte ich auf den HHP3 mit einem Zuschussbedarf von rd. 90,7 Mio. € verweisen, ein Spitzenwert in Rheinland-Pfalz. Dies ist auch die Mahnung, dass wir ein massives

Ausgabenproblem haben. Das letztlich durch Bundes- und Landesgesetze bestimmt ist.

Wir sind froh, dass durch den neuen kommunalen Finanzausgleich das Thema Schlüsselzuweisungen endlich ein Ende hat. Denn diese waren für uns immer ein Würfelspiel mit ungewissem Ausgang.

Ebenso haben wir den kommunalen Entschuldungsfond (KEF), im letzten Jahr verlassen können. Damit sind wir endlich aus der Liga der KEF-Empfänger ausgetreten, denen wir seit 2012 angehört haben.

Der Landkreis wird die Kreisumlage von 47,2 auf 44,2 % senken und damit die Kommunen mit einem ordentlichen Beitrag von rd. 5 Mio. € entlasten. Das sind wir den Kommunen schuldig, die ja bisher den Großteil der kommunalen Daseinsfürsorge geleistet haben. Die Kreisumlage wird trotz dieser Senkung aufgrund der gestiegenen Steuerkraft um rd. 930 000 € höher ausfallen als im letzten Jahr und damit ein Allzeithoch von insgesamt 76,6 Mio. € erreichen.

Wir alle hoffen, dass die Auswirkungen des Ukrainekriegs

nicht die starke kommunale Steuerkraft senken werden, was wieder Auswirkungen auf unsere Kreisumlage haben würde und gleichzeitig den Zuschussbedarf der Fachbereiche erhöhen würde. Bleiben wir zuversichtlich, dass die angekündigte Rezession für unsere Wirtschaft in diesem Jahr ausbleiben bzw. nur gering ausfallen wird.

Betrachten wir den Ergebnishaushalt, der einen geplanten Überschuss von rd. 2,43 Mio. € ausweisen soll, das ist im Vergleich zum Vorjahr, eine Steigerung von rd. 580000 €. In Anbetracht der Mehreinnahmen von 17,4 Mio. € aus dem kommunalen Finanzausgleich ein kleiner Überschuss, der zeigt, dass der Zuschussbedarf der Fachbereichsbudgets diese Mehreinnahmen fast gänzlich auffressen wird. Das hat seine Gründe, schauen wir uns die Auswirkungen in den einzelnen Fachbereichen an: Im Fachbereich 11 Bildung und Kultur stellt sich gegenüber dem letzten Jahr ein gestiegener Zuschussbedarf von rd. 4,5 Mio. € ein. Dieser ist fast ausschließlich auf die gestiegenen Kosten für die Schülerbeförderung im ÖPNV und die Interimsvergaben zur Aufrechterhaltung der nicht mehr eigenwirtschaftlichen Verkehre zurückzuführen. Wir haben erst zwei Linienbündel am Start, nämlich Mosel und Eifel/Kondelwald, zwei weitere, Eifel und Hunsrück werden noch folgen, siehe hierzu die Tagesordnungspunkte 7 und 8. Ich brauche hier kein Prophet zu sein, wenn ich vorhersage, dass wir in Zukunft mit rd. 10 Mio. € an zusätzlichen Kosten jährlich zu rechnen haben werden. Im Teilbudget Schulen erwarten wir durch die gestiegenen Energiekosten und die Tarifsteigerungen für das Reinigungspersonal einen zusätzlichen Zuschussbedarf von rd. 1 Mio. €.

Der Spitzenreiter bei den Zuschussbedarfen ist der Fachbereich 12 Jugend und Familie. Hier fällt insbesondere der um fast 5 Mio. € gestiegene

Bedarf für die Tageseinrichtungen für Kinder auf. Gefolgt von den Hilfen zur Erziehung mit rd. 1,6 Mio. €. Insgesamt steigen die Zuschussbedarfe auf rd. 7,5 Mio. € gegenüber dem letzten Haushaltsjahr.

Der Fachbereich 30 Soziale Hilfen ist wie alle Jahre wieder auch mit einem gestiegenen Zuschussbedarf von rd. 2 Mio. € dabei. Hier sind rd. 1,1 Mio. an Leistungen für Asylbewerber enthalten, die am Landkreis hängen bleiben. Wobei hier eine Querfinanzierung aus dem Zuschüssen des Bundes für die Flüchtlinge aus der Ukraine mit rd. 1,5 Mio. € zu beachten ist.

Im Fachbereich 31 Eingliederungshilfe und Hilfe zur Pflege steigt der Zuschussbedarf um rd. 2 Mio. €. Größter Steigerungsposten ist das Produkt 3164 Leistungen zur Sozialen Teilhabe mit rd. 1 Mio. €.

Summiert man diese gestiegenen Zuschussbedarfe auf, so erkennt man leicht, dass die 17,4 Mio. € hier fast vollständig aufgezehrt werden.

Ich möchte mir gar nicht ausmalen, was passiert wäre, wenn wir die Einnahmen aus dem geänderten kommunalen Finanzausgleich von 17,4 Mio. € nicht bekommen hätten. Eine drastische Steigerung der Kreisumlage wäre die Folge gewesen, oder anderes herum ausgedrückt: Man erkennt, dass die Änderung im kommunalen Finanzausgleich überfällig war und für die teilweise dramatische Verschuldung der Kommunen und Landkreise im Lande Rheinland-Pfalz verantwortlich war. Das Land hat glücklicherweise den Spiegel von unserem höchsten Gericht vorgehalten bekommen, dass so nicht mit den kommunalen Gebietskörperschaften umzugehen ist.

Es zeigt sich aber ebenso deutlich, dass aus heutiger Sicht kein weiterer Spielraum für Entlastungen auf der Einnahmeseite (Kreisumlage) vorhanden ist, denn ohne den ordentlichen Überschuss im Finanzhaushalt wären die erheblichen Investitionen nicht

zu leisten.

Betrachtet man den Finanzhaushalt, der mit einem Saldo von rd. 8,2 Mio. € abschließt, kann man hieraus eine freie Finanzspitze von rd. 3,1 Mio. € ableiten, wenn man die ordentliche Tilgung von 5,1 Mio. € abzieht.

Wir werden dieses Jahr also rd. 3,1 Mio. € an freien Mitteln haben, um damit unsere Investitionen zu finanzieren. Das reicht natürlich nicht aus, um die geplanten rd. 24 Mio. € an Investitionen zu stemmen. Es werden nach Abzug der erwarteten Einzahlungen für die Investitionen von 18,7 Mio. € noch rd. 2,1 Mio. € an netto Kreditaufnahme übrigbleiben. Die wichtigsten Investivmaßnahmen werden die Erweiterungsplanung der Kreisverwaltung, der Neubau des Katastrophenschutzentrums, die Sanierung der FOS in Traben-Trarbach, der weitere Ausbau der Kreisstraßen und die Fortführung des Breitbandausbaus sein.

An den recht hohen Zuschüssen für die Maßnahmen zeigt sich, dass es gut und richtig war, zur richtigen Zeit die Schulen zu sanieren, denn die Maßnahmen sind, bis auf die FOS in Traben-Trarbach weitestgehend abgeschlossen, es erfolgen aber noch heute Zahlungen des Landes dafür. Wir haben heute Kostensicherheit und müssen nicht mit den extrem gestiegenen Baukosten rechnen.

Wenn man die Einnahmeseite des Haushalts betrachtet, könnte man zufrieden sein und allen Menschen und vor allem den Betrieben im Landkreis ein riesiges Dankeschön sagen, denn Sie haben, trotz der schwierigen Coronalage und dem unsäglichen Krieg den Russland vom Zaun gebrochen hat, dazu beigetragen, dass wir ein Allzeithoch der Kreisumlage mit fast 76,6 Mio. € (bei um 3% reduzierten Hebesatz) zu verzeichnen haben. Dies ist jedoch nur der Blick in die Vergangenheit, denn die Kreisumlage basiert auf den Steuereinnahmen von

gestern und vorgestern. Das Heute und Morgen wird hier nicht abgebildet.

Unser Landkreis hat sich haushaltstechnisch, trotz aller Herausforderungen gemäß dem uns vorliegenden Ergebnishaushaltsentwurf 2023 weiter konsolidiert und sehr positiv entwickelt und investiert stark in die Infrastruktur.

Kredite: Ich bin froh, dass der Landkreis sich in diesen Zeiten seiner Bedeutung als Auftraggeber bewusst ist und in unsere Schulen, Kindergärten, Straßen und den Breitbandausbau investiert. Mit rd. 24 Mio. € ist dies schon ein ordentlicher Brocken. Hierfür werden in 2023 formal rd. 2,1 Mio. € neue Kredite aufgenommen, wenn man die ordentliche Tilgung von 5,1 Mio. € abzieht, reduziert sich die Verschuldung des Landkreises auf 80,7 Mio. € also rd. 3 Mio. € weniger als 2022.

Insgesamt gesehen, hat der Landkreis alleine seit 2018 die Investivschulden von 88,9 Mio. € auf geplant 2023 80,7 Mio. €, also um 8,2 Mio. € zurückgefahren. Im gleichen Zeitraum wurden, bzw. werden rd. 108,0 Mio. € an Investitionen getätigt.

Wir hoffen alle, dass sich die wirtschaftliche Entwicklung in unserem Land positiver darstellen wird, wie von vielen erwartet. Wir hoffen, dass in diesem Jahr der unsägliche Krieg in der Ukraine sein Ende finden wird. Wir hoffen, dass die gesellschaftlichen Herausforderungen, insbesondere was die Transformation der Wirtschaft in eine klimaneutralere, ein Stück weiter vorankommt. Die CDU-Fraktion wird dem vorliegenden Haushaltsentwurf 2023 mit Stellenplan zustimmen. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen Allen ein gesundes und glückliches Jahr 2023.

SPD

Sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Herren Beigeordnete, liebe Kreistagskollegen

und -kolleginnen, sehr geehrte Damen und Herren, letztes Jahr standen wir hier und befanden Corona und die schreckliche Flutkatastrophe in der Nacht vom 14.7. auf den 15.7. als die Themen, die alles überschatten. Niemand konnte sich zu dem Zeitpunkt vorstellen, dass es noch schlimmer kommen könnte und Putin am 24. Februar seinen schrecklichen Angriffskrieg auf die Ukraine begann, der bis heute andauert.

Alle Ereignisse wirken bis heute nach und haben für die Menschen individuell als auch für den Kreis Bernkastel-Wittlich weiterhin ihre Bedeutung: Bei der Coronalage ist zurzeit Entspannung angesagt. Eine Grippewelle ist im Dezember über uns gekommen und wir müssen auf eventuelle neue Ausbrüche gefasst sein und jederzeit wieder den Warn- und Schutzmodus reaktivieren können. Zu begrüßen sind hier die erheblichen Bundesmittel, die zur Digitalisierung der Gesundheitsämter bereitgestellt sind und dass hier bereits erste Maßnahmen im Kreis zur Umsetzung getroffen wurden. U. a. die Pandemie hat gezeigt, dass die Zeit der analogen Datenverarbeitung und der Faxen endgültig der Vergangenheit angehören muss um solche Krisen und auch die anderen vielfältigen Aufgaben der Gesundheitsämter bewältigen zu können. Die Telematik, die verpflichtend im Gesundheitswesen ab 2024 eingeführt wird, ist ebenso ein Thema welches bis dahin zwingend auch im Gesundheitsamt umgesetzt sein muss.

Hochwasserschäden an Straßen und Gewässern sowie an kreiseigenen Schulen haben enorme Kosten verursacht, auch wenn die Gelder aus der Soforthilfe oder Hilfsfonds einiges abdecken konnten. Hier sind längst noch nicht alle Schäden beseitigt und die Aufgaben auf künftige derartige Ereignisse vorbereitet zu sein, noch lange nicht erfüllt. Hier gilt es keine Zeit zu verlieren und die ausstehenden

Arbeiten zügig zu erledigen. Das nächste Starkregenereignis kommt bestimmt, der Klimawandel schreitet leider unaufhaltsam voran und es scheint keine wirklich zielführende globale Einigkeit zum Erhalt der Klimaziele in Sicht. Doch kommt es letztendlich auch auf jeden einzelnen an, dass er tut, was er kann, um dieser Katastrophe entgegenzuwirken.

Den Klimaschutz, das Ziel der Klimaneutralität, dürfen wir bei allen o. g. Herausforderungen nicht aus den Augen verlieren. Hier schließt sich auch der Kreis: Je energieautarker wir werden, umso unabhängiger werden wir in Zukunft von den Energielieferungen der antidemokratisch und terroristisch geführten Länder der Welt werden

Hier war es eine „Frohe Botschaft“ in der Adventszeit, dass die Landesregierung 250 Millionen € für Klimaschutzmaßnahmen zur Verfügung stellt, die unbürokratisch und ohne eigene Mittel der Kommunen abgerufen werden könne. Für den Kreis sind das gut 1,6 Millionen €. Hier müssen wir uns im Kreis zeitnah um eine sinnvolle Verwendung der uns zur Verfügung stehenden Mittel kümmern und diese beantragen.

Unmittelbar damit im Zusammenhang steht, dass der Brand- und Katastrophenschutz im Kreis neu aufgestellt wurde. Dies ist ein wichtiger Schritt zum Schutz und zur Hilfe der Bevölkerung. Machen wir uns nichts vor: Hochwasser- und Starkregenereignisse wie in 2021 können immer wieder passieren.

Der Ukrainekrieg bedeutet unermessliches Leid für die Menschen in diesem Land, welches sich unsere Generation nicht einmal ansatzweise vorstellen kann. Auch hier war und ist der Kreis gefordert bestmögliche Lösungen für die geflüchteten Menschen zu finden, die bei uns Zuflucht gesucht haben. Ein wichtiger Schritt dafür war die Inbetriebnahme des Familien-Hotels Horath,

wo der Kreis die uns anvertrauten Menschen würdig unterbringen kann, bis sie eine dauerhafte Bleibe gefunden haben. Hier möchte ich mich ausdrücklich für die gute, konstruktive Zusammenarbeit aller Fraktionen im Kreistag bedanken, die das möglich gemacht hat. Der Bund unterstützt den Landkreis für die Versorgung ukrainischer Vertriebener mit Zuweisungen in Höhe von 1,5 Millionen €.

Doch hat dieser Krieg auch weitergehende Auswirkungen auf uns alle, die wir hier im Kreis zu spüren bekommen. Die Inflation mit den drastischen Steigerungen der Lebenshaltungs- und Energiekosten verlangen den Bürgerinnen und Bürgern viel ab.

So werden die Abfallentsorgungsgebühren zum 01.01.2023 wiederum um 8 % steigen. Nach der bereits in 2021 angekündigten weiteren Erhöhung für 2023, da die Eigenkapitaldeckung noch aufzuholen ist, sind wir mit dieser Erhöhung bei der aktuellen Lage noch glimpflich davongekommen. Festzustellen ist, dass das operative Geschäft kostendeckend arbeitet, was auf eine Stagnierung der Gebühren für 2024 hoffen lässt. Wir gehen davon aus, dass der Wertstoffhof Wittlich zeitnah eröffnet werden kann.

Der ÖPNV ist und bleibt ein „Sorgenkind“ der Kreisfinanzen. Die berechtigte Erhöhung der Löhne und ebenso berechtigte Vergütung der Ruhezeiten für die Fahrer ist die eine Seite, aber auch hier spielt die Energiekrise eine nicht unerhebliche Rolle bei der Finanzierung der Linieneinbündel. Bleibt zu hoffen, dass die Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger hier stetig steigen wird. Der Kreis hat ebenso die Schülerverkehre sicherzustellen und ist hier einfach in der Pflicht.

Auch 2023 wird der Kreis erhebliche Mittel in die kreiseigenen Schulen investieren. Neben der Investition in die Gebäude sind die Investitionen in Multimedia unerläss-

lich und eine Investition in die Zukunft unserer jungen Generation.

Wir freuen uns sehr, dass das Konzept der Schulsozialarbeit nun auf alle Schulen ausgerollt ist, was nicht zuletzt der Hartnäckigkeit unserer Fraktion zu verdanken ist.

Im Bereich Jugend- und Familie zeigt sich die höchste Veränderung der Fachbereichsbudgets durch die Hilfen zu Erziehung in der Jugendhilfe und die Aufwendungen für die Kitas, eine kreiseigene Aufgabe! In etlichen Orten muss noch in den Platzausbau der Kitas investiert werden um den Rechtsanspruch zu sichern. Das Jugendamt ist für die Sicherung dieses Rechtsanspruches zuständig. Der Kreis muss Gemeinden und Träger somit unterstützen und den Weg eines qualitativ vollen Ausbaus mit guter Personalausstattung weiterzugehen. Das Land wird bei der schwierigen Personalgewinnung unterstützen und eine professionelle Fachkräftekampagne starten, um noch mehr Menschen für diese Berufe begeistern zu können.

Im Auge behalten müssen wir auch den Rechtsanspruch für Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter. Hier wird in den nächsten 3 Jahren viel Arbeit auf den Kreis zukommen. Auch hier ist das Jugendamt zuständig, da der Bund dies als Leistung im SGBVIII festgeschrieben hat.

Die Sport- und Jugendförderung liegt unserer Fraktion sehr am Herzen. Hier müssen wir weiter fördern, da Jung und Alt gleichermaßen davon profitieren.

Erwähnen möchte ich noch, dass die Landesregierung in ihrem Doppelhaushalt die Kommunen besonders im Blick hat. Neben den eben schon erwähnten 250 Millionen € für Innovationen in den Klimaschutz wird der Kommunale Finanzausgleich reformiert. Die Finanzausgleichsmasse steigt in 2023 um 357 Millionen €. Für unseren Landkreis heißt das: Nettomehrer-

träge von 17,5 Millionen €. Der Finanzhaushalt weist eine freie Finanzspitze von >3 Millionen € aus und die Kreisumlage konnte um 3% gesenkt werden. Dies ist auch den gestiegenen Gewerbesteuerentnahmen aus den Städten und Gemeinden zu verdanken. Aufgrund der wirklich hohen freien Finanzspitze stellt sich uns die Frage, ob die Senkung der Umlage nicht um 1% höher ausfallen könnte, um die Verbandsgemeinden und somit die Kommunen mehr zu entlasten. Eine freie Finanzspitze kommt dort weitgehend nicht vor und die notwendigen Investitionen lassen die Schulden aus Investitionskrediten stetig steigen.

Des Weiteren werden die Kommunen von Liquiditätskrediten von rund 3 Millionen € entlastet. Hier ist der Kreis Bernkastel-Wittlich nicht mehr betroffen, da die Liquiditätskredite bereits vor dem Ziel 2026 getilgt sind, aber auch das ist ja eine positive Nachricht. Alle diese Maßnahmen der Landesregierung werden in Summe der kommunalen Familie helfen ihren vielfältigen Aufgaben weiterhin gerecht werden zu können. Ich bedanke mich an dieser Stelle ausdrücklich bei Herrn Simon für die Erläuterungen zum Haushaltsplan in der Fraktion.

Die letzten drei Jahre waren wahrlich für alle, die bundes-, landes- und kommunalpolitisch Verantwortung tragen, die größte Herausforderung der letzten Jahrzehnte. Es hat sich in allen diesen Krisen gezeigt, dass wir diese nur bewältigen können, wenn wir uns nicht in parteipolitische Querelen verzetteln und Probleme vor uns herbeten, sondern nur wenn wir konstruktiv und gemeinsam an Lösungen arbeiten und für die Zukunft die Weichen stellen, damit wir solche Krisen besser bewältigen können. Wenn unsere Meinungen zu den Wegen dazu oft unterschiedlich sein können, so sind die Ziele doch die gleichen. Unsere Fraktion

hat gezeigt, dass sie für diese lösungsorientierte Politik steht. Wir werden uns weiterhin den kommenden Herausforderungen stellen.

Am Ende möchte ich Ihnen Herr Landrat, den Beigeordneten, den Kolleginnen und Kollegen im Kreistag danken für das konstruktive Miteinander. Ebenso den Mitarbeitenden der Kreisverwaltung für Ihre Unterstützung. Ich denke wir sind gemeinsam zu vielen guten Ergebnissen gekommen.

„Im Neuen Jahr könnte einiges besser werden, vielleicht auch Vieles! Oder Alles! Warum eigentlich nicht? Versuchen wir es einfach!“

Ich wünsche Ihnen allen ein gutes Jahr 2023 und bleiben Sie gesund!!

Bündnis 90 / Die Grünen

Sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren,

Da unsere Fraktionsvorsitzende Gertrud Weydert erkrankt ist, werde ich heute als stv. Fraktionsvorsitzende die Haushaltsrede übernehmen. Leider ist auch Günter Theis erkrankt, so sind wir Grünen heute nur zur viert. Gute Besserung den beiden – und natürlich auch den übrigen heute wegen Krankheit fehlenden Kolleg:innen - von hier aus!

Der Haushaltsentwurf in diesem Jahr ist in mancher Hinsicht bemerkenswert. Besonders erfreulich ist, dass seit Jahrzehnten erstmals wieder eine freie Finanzspitze erreicht werden konnte! Dies ist auch der Änderung des LFAG zu verdanken. Der neu aufgestellte Kommunale Finanzausgleich des Landes bedeutet, dass dieser nicht nur im Jahr 2023 gegenüber 2022 wächst, sondern im Jahr 2024 nochmals um 225 Millionen Euro. Die Nettomehrerträge aus der Reform des LFAG betragen für den Kreis in 2023 17.444.640 Euro. Diese Zahlen sind jetzt geprüft und valide und ich danke an dieser Stelle unseren

Vertretern im Kreisausschuss, Gertrud Weydert und Günter Theis, für ihren Vorschlag, mit der Verabschiedung des Haushalts abzuwarten, bis die Zahlen, die für den Kreis aus dem LFAG resultieren, vorliegen.

Die Reform des LFAG wurde nach einem Urteil des VGH notwendig. Im Ergebnis wurde dem Land aufgetragen, abzuweichen von dem seit 1951 (!) maßgeblichen Verbundquotenmodell hin zu einem bedarfsorientierten Finanzausgleich. Davon profitiert auch unser Landkreis.

Die Verwaltung macht nun den Vorschlag, die Kreisumlage um 3% - zunächst waren 2% angedacht - zu senken. Wir tragen die 3%-ige Senkung mit. Wir haben in unserer Fraktion darüber diskutiert, ob eine höhere Senkung der Kreisumlage sinnvoll wäre. Naja, mehr geht immer..... wir sehen aber auch die Belastungen, die der Kreis zu schultern hat. Insbesondere die Ausgaben für einen verbesserten Katastrophenschutz, der ja von allen Fraktionen politisch gewollt ist, werden mit hohen Ausgaben zu Buche schlagen. Aber von einem verbesserten Katastrophenschutz auf Kreisebene werden im Falle eines Falles alle Kommunen profitieren. Auch die Ausgaben für Digitalisierung und ÖPNV kommen allen Bürgerinnen und Bürgern zu Gute.

Sehr erfreulich ist auch, dass der Kreis bereits in diesem Jahr den Konsolidierungspfad erfolgreich umgesetzt hat, wir hätten noch bis 2026 Zeit gehabt. Damit scheidet der Kreis nun bereits aus dem KEF aus. Auch das eine gute Nachricht. Ich möchte an dieser Stelle nicht alle Zahlen des Haushalts runter beten, Sie haben ja die Zahlen vorliegen.

Ob sich alle Maßnahmen, die in den einzelnen Fachbereichen aufgeführt sind, 1:1 umsetzen lassen werden, hängt auch davon ab, ob es uns gelingt, genügend Fachkräfte zu halten bzw. zu gewinnen. Das trifft natürlich nicht nur unseren Kreis, wir kennen

die Situation des Fachkräftemangels in Stadt und Land. Unsere Region hier verfügt über eine hohe Lebensqualität, auch hat Corona gezeigt, dass das Landleben an Attraktivität gewinnt, das ist auch gut so. Vor allem junge Familien zieht es zurück aufs Land, was ich persönlich sehr begrüße. Ich wünsche der Verwaltung gutes Gelingen bei der Anwerbung weiterer qualifizierter Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen.

Wir sehen, dass in vielen Fachbereichen die Kosten steigen. Auch z. B. bei der Schülerbeförderung, bzw. KiTa-Beförderung. Hier wird es aber möglicherweise über das Jahr zu einer Entlastung kommen, wenn nämlich wie geplant das 49-Euro-Ticket im April, so die derzeitige Planung des Bundes, kommt. Das würde die derzeitigen Kosten pro Schüler/in von rund 70 Euro auf 49 Euro senken.

Lassen Sie mich aber auf 2 Punkte kommen, die uns GRÜNEN wichtig sind:

1. die Ausgaben im Haushalt des Jugendamtes, besonders für die Hilfen zu Erziehung, steigen seit Jahren kontinuierlich an. Auf unseren Antrag hin erfolgte eine Organisationsuntersuchung und Entwicklung, die im Herbst 2022 abgeschlossen wurde. Wir erwarten, dass sich die geforderte fachliche Entwicklung dann auch in den Haushaltszahlen 2023 widerspiegelt.

2. Das Thema Wertstoffhöfe In den Medien ist außer den Gebührenerhöhungen immer wieder von großen und innovativen Projekten des kommunalen Zweckverbandes ART zu lesen. Erst vor kurzem wurde eine Machbarkeitsstudie zur umfassenden Energiegewinnung vorgestellt. Bei vermeintlich kleinen Projekten bei uns im Kreis gibt es allerdings kein Vorankommen. Seit Jahren werden Wertstoffhöfe in Wittlich und Morbach vorgesehen. An der Umsetzung hapert es allerdings genau solange.

Insbesondere seit dem Weg-

fall des Einsammelns des Elektroschrotts zusammen mit dem Sperrmüll ist es für die Bürger*innen bei uns im Kreis schwierig, ihre Geräte loszuwerden, auch wenn inzwischen verpflichtet, nehmen nicht alle Geschäfte Elektroschrott an, wenn man nichts Neues kauft. Auch sonstiger Abfall, der nicht vom Sperrmüll mitgenommen wird, wie alte Baumaterialien oder Altholz muss durch die Gegend gefahren werden.

Wenn man an die Gebührenerhöhungen der letzten Jahre denkt, wäre es auch wichtig durch die Wertstoffhöfe den Bürgerinnen und Bürgern zu signalisieren, dass sie auch einen Mehrwert bekommen und nicht nur für schwer greifbare Dinge wie Deponienachsorge, Eigenkapitalaufstockungen, Minuszinsen bei Rücklagen, usw. mehr zahlen müssen.

In der Kreisausschusssitzung im Dezember hatte der Geschäftsführer der ART Herr Dr. Monzel versprochen, dass es bei den Wertstoffhöfen in Wittlich und Morbach vorangeht. Wir sollten Herrn Dr. Monzel beim Wort nehmen und darauf pochen, dass in diesem Jahr umgehend mit der Einrichtung der beiden Wertstoffhöfe begonnen wird. Sehr geehrte Damen und Herren, es zieht sich wie ein roter Faden durch alle Debatten: wir leben in politisch schwierigen Zeiten und für viele Menschen sind es existenzielle Zeiten, wenn wir an den Krieg in der Ukraine denken, an die Menschen, die bei der Flutkatastrophe ihre Liebsten, ihr Hab und Gut verloren haben und denken wir auch die, die in der Corona-Pandemie Angehörige verloren haben oder an den Long-Covid-Folgen leiden. Hier im Land handeln wir und die Maßnahmen zur aktuellen schwierigen Situation durch Putins völkerrechtswidrigen Angriff zeigen Wirkung:

Die Ampelregierung im Bund, die Ampelregierung im Land – haben vieles gemeinsam

auf den Weg gebracht: Entlastungspaket I bis III und die Strom- und Gaspreisbremsen. Rheinland-Pfalz trägt dabei mit über 1 Mrd. Euro in erheblichen Maße zu den Entlastungsmaßnahmen bei.

Aber auch unabhängig davon unterstützt das Land die Kommunen, z. B. durch Übernahme von Liquiditätskrediten im Umfang von 3 Milliarden Euro. Dazu bedurfte es einer Änderung der Verfassung, die von der Regierung und der CDU eingebracht wurde.

Eine große Herausforderung ist und bleibt der Kampf gegen die Klimakrise – und auch hier geht unser Kreis im Vergleich zu vielen anderen gut voran – die Investitionen in Erneuerbare Energien, in Maßnahmen zu mehr Energieeffizienz und energetischen Sanierungen – das alles sind Ausgaben, ja, aber Ausgaben, die nachhaltig wirken und wirken werden. Auch hier unterstützt das Land die Kommunen – wir kommen ja auch noch unter einem späteren TOP dazu. Hier nur so viel: mit dem Kommunalen Klimapakt und dem Kommunalen Investitionspaket Klimaschutz und Innovation (KIPKI) unterstützt die Landesregierung Kreise, Städte und Gemeinden ab 2023 in bislang ungekannten Maßstab, in dem sie insgesamt 240 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung stellt. Etwa 1,6 Millionen Euro kann der Landkreis Bernkastel-Wittlich gemäß den Plänen vom Land für Klimaschutz und Klimaanpassung direkt erhalten, ohne dass das Land eine Eigenbeteiligung vorschreibt. Weitere 3,3 Millionen Euro verteilen sich wie folgt auf die Verbandsgemeinden und Verbandsfreien Gemeinden: Wittlich: 565.300 Euro, Wittlich-Land: 903.809 Euro, Bernkastel-Kues: 815.529 Euro, Traben-Trarbach: 502.678 Euro, Thalfang am Erbeskopf: 211.713 Euro, Morbach: 308.731 Euro.

Abschließend: wir wissen nicht, was in diesem Jahr noch kommt. Auch, wenn wir hier auf kommunaler Ebene na-

türlich auch immer abhängig sind von Entscheidungen anderen Orts, ich denke mit diesem Haushalt geht der Kreis verantwortlich ins kommende Haushaltsjahr. Unser Dank gilt dem Landrat und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung. Besonderen Dank an Herrn Simon und Herrn Krämer, die unserer Fraktion im Vorfeld wertvolle Hinweise und Erläuterungen zum Haushalt gegeben haben. Bedanken möchten wir uns auch für das gute Miteinander hier im Kreistag.

Hoffen wir, dass es ein gutes Jahr wird. Ich wünsche Ihnen allen persönlich alles Gute und vor allem – bleiben Sie gesund! Unsere Fraktion stimmt dem Haushalt zu.

FDP

Sehr geehrter Landrat Gregor Eibes, sehr geehrte Beigeordnete, werte Kolleginnen und Kollegen im Kreistag, sehr verehrte Damen und Herren in der Bürgerschaft, geschätzte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung, erinnern Sie sich noch an unsere letzte Haushaltssitzung in diesem Raum? Es war am 09.12.2019, also vor 3 Jahren! Seither hat sich viel gewandelt...

Was gleich geblieben ist, ist die Herausforderung den über 250 Mio. € großen Haushalt in 10 Minuten zu packen. Dies vorweg: So hoch wie dieser, war kein anderer zuvor. Aber: So unsicher wie dieser, war kein anderer zuvor. Und: so sozial wie dieser, war noch kein anderer zuvor.

Die Gliederung der Haushaltsrede ist der Homepage unserer Kreisverwaltung entnommen. Als da sind: 1 Unser Ferienkreis, 2 Unser Kultur- & Bildungskreis, 3 Unser Kinder- und Jugendkreis, 4 Unser Wirtschaftskreis, 5 Unser Lebenskreis, 6 Unser Seniorenkreis.

Unser Wirtschaftskreis = Unser Arbeitsleben

Auf der Homepage steht „Während früher fast aus-

schließlich die Landwirtschaft und der Weinbau Erwerbsquellen boten, finden heute die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im gesamten Landkreis in Industrie, Handel und Handwerk über 40 000 vielseitige Arbeitsplätze.“

Kurz und bündig: früher waren wir eine Agrar-Region.

Heute haben wir

- 42.000 Arbeitsplätze auf 114.000 Einwohner
- eine Arbeitslosenquote 2021 von 3,4% (RLP 5%)
- 2. Höchste Beschäftigungsdichte im Land (von 588 von 590) #Musterlände

Unser Landkreis beherbergt im Vergleich zum Landesdurchschnitt überproportional viele Menschen im produzierenden Gewerbe. Immerhin 43% somit 8% Punkte mehr als in RLP.

Dank guter Betriebsergebnisse, erhöhten sich die Steuereinnahmen, sodass die Schlussrechnung für 2021 (soeben beschlossen) eine nochmalige Verbesserung von 10,4 Mio. € oder plus 95% (S. 214) zur Folge hat.

Vielen Dank liebe Arbeitgeber und Arbeitnehmer, vielen Dank liebe Menschen in den 90 Industriebetrieben aber auch Handwerks, Weinbau-, Tourismus-, Handels- & Dienstleistungs-Betrieben.

Vor dem Hintergrund stetiger Herausforderungen ein großer Dank den Beschäftigten im Gesundheitswesen, in unseren Krankenhäusern und Seniorenheimen. #Helden

Wir investieren:

Zur Wirtschaft gehört auch die Infrastruktur & Mobilität. Wir brauchen schnelle Straßen aus Glasfaser oder aus Asphalt. Und hier sind Investitionen in Ausbau und Bestand immens wichtig. Dies spiegelt sich im Haushalt wieder.

Im Ausschuss Wirtschaft & Verkehr stellen wir für den Straßenausbau in Ortsdurchfahrten fast 6 Mio. € und für das „Graue Flecken Programm“ ca. 8 Mio. € bereit. Summe summarum Investitionen von fast 24 Mio.€, 56

% auf Maßnahmen im Sektor Wirtschaft und Verkehr entfallen.

Nahverkehr

Veränderungen stehen uns im Nahverkehr bevor. Seien wir optimistisch: das 49 € Ticket kommt ab 01.04. Bedenken Sie aber: Unsere Schüler und Vielfahrer profitieren davon. Da wir in Bernkastel-Wittlich dank des großen Arbeitsplatz- Angebots einen geringen Saldo zwischen Ein- & Auspendlern haben, oder verkürzt gesagt: hier lebt und arbeitet man. Trier bspw. ist Spitzenreiter bei den Einpendlern. Das 49 € Ticket wird also vielen Pendlern zu Gute kommen, die in die Zentren müssen. Und dies an Bahntrassen stärker, als im dünnbesiedelten Raum. Machen wir uns nichts vor: Unsere Busse werden nach Einführung dieses Tickets nicht überquellen. Wir werden weiterhin viel Geld in diesen Sektor pumpen müssen. Wenn Sie daraus folgern, dass wir die Taktrate in Dörfern erhöhen müssen, erhöht sich nur das Defizit. Geholfen ist damit keinen. Es braucht smarte Lösungen. #Smarte-Land.Regionen

Heute gibt es noch keine Alternativen zum Individual-Verkehr in unserer ländlichen Region! Auch deshalb empfinde ich die derzeitigen Kleber-Aktionen einer selbst ernannten Generation als das Letzte. #zuviel_ Kleber_geschnüffelt #anpackenstatt_ankleben
Unser Kultur- und Bildungskreis

Auf der Homepage steht: „Den Schülerinnen und Schülern im Kreis stehen 44 Grundschulen, 1 Realschule, 7 Realschulen plus, 1 Integrierte Gesamtschule, 4 Gymnasien und 5 Förderschulen zur Verfügung. Außerdem befinden sich in Bernkastel-Kues und in Wittlich zwei Berufsschulzentren, die vom Überbetrieblichen Ausbildungszentrum (ÜAZ) in Wittlich ergänzt werden.“

Über 60 Schulen, in unterschiedlicher Trägerschaft, befinden sich auf dem Kreisge-

biet. Jede dieser Schulen hat es verdient, dass sie digital ausgebaut wird. Hierfür investieren wir gemeinsam mit dem Land und Bund.

Leider erreichen ca. 7-8 % der Schüler keine Berufsreife. Dieser Wert ist um 2% Punkte höher als der Landesdurchschnitt. Wie gelingt es, aus 80 jungen Verlierern, Gewinner zu machen? Deshalb ist es gut, dass das ÜAZ einen Beitrag für Qualifikation und Weiterbildung leistet.

Im Sommer 21 hat die FDP Fraktion das ÜAZ besucht und wir waren überaus angetan von der Vielfalt der Angebote. Auch die Herausforderungen wurden besprochen. Uns wurde bewusst, dass die stärkere Vernetzung aller Akteure, die Chancen verbessert. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung bietet seit genau einem Jahr (10.01.22) ein neues Programm an: „Bildungskommunen“. Im Förderziel und Zweck heißt es: Bildung findet dort statt, wo die Menschen leben und arbeiten: in den Kommunen. Kern des Engagements ist die „Transferinitiative Kommunales Bildungsmanagement“ (TI), in deren Rahmen vielversprechende Modelle datenbasierter kommunaler Bildungssteuerung entwickelt werden.“ Die FDP Fraktion regt daher an, dass dieses Programm einen Beitrag leisten kann, um unser Bildungsniveau insgesamt zu verbessern und im speziellen die Quote der Berufsunreife zu verringern.

Mit Gesamtinvestition in die Multimedia-Ausstattung & Sportstätten-Förderung in Höhe von 6,2 Mio. € und die baulichen Maßnahmen mit 3,5 Mio. € leisten wir einen guten Beitrag zur Erneuerung und Verbesserung.

Das Thema Kultur ist uns ein wichtiges Anliegen. Deshalb freuen wir uns auf die neue Runde des Kulturförderpreises und aller Kultur-Angebote in unserer Heimat. Jedoch: Wir dürfen die Rahmenbedingungen für unsere Brauch-

tumsveranstaltungen nicht verschlimmbessern #POG§26. Mit dem Kulturgut Wein verfügen wir über einen zivilisatorischen Exportschlager. Und die Geologie der Eifel sowie die HEIMAT Saga von Edgar Reitz im Hunsrück stellen bedeutsame Alleinstellungsmerkmale auf dem Kultursektor dar. Damit möchte ich elegant überleiten zu:

Unser Ferienkreis = Erholung
Auf der Homepage „Drei einzigartige Landschaften treffen sich in unserem Ferienkreis Bernkastel-Wittlich: die vulkanische Eifel, das romantische Moseltal und der wald- und wiesenreiche Hunsrück. Insgesamt zehn Naturschutz- und sechs Landschaftsschutzgebiete, Landschaftsteile, die zum Schutz des Naturhaushaltes, des Landschaftsbildes oder der Sicherung des Erholungswertes ausgewiesen sind, liegen im Landkreis.“

#Lebenswerte Region

Wein, die Landschaft, unsere Genussgüter, die Kultur und der Tourismus sind eng miteinander verwoben. Und weil Vielfalt besser ist, als Einfalt, wollen wir, dass das so bleibt und sich die Rahmenbedingungen für die Gastgeber verbessern. Auch und gerade die Landwirtschaft/der Weinbau haben einen großen Anteil am Gesamtpaket. Sie dürfen nicht durch überzogene EU-Verordnungen gegängelt oder gar existenziell bedroht werden! #Landverstand #Resolution_gegen_EU-Technokratie

Unser Kinder- und Jugendkreis
Auf der Homepage: „Von wegen „tote Hose“, hier im Landkreis ist immer etwas los. Wer hier am Freitag oder Samstag Abend zuhause bleibt, ist selber schuld. Parties, Konzerte, Discos, Cafés, Kneipen, Veranstaltungen oder Feste machen die Nacht zum Tag. Aber auch tagsüber wird hier einiges geboten“

Wenngleich die verwendete Sprache altersgerecht ist, werden hier Erwartungen geweckt. Scheinbar ist dieser Teil der Homepage noch nicht überarbeitet; in jedem Fall

hört es sich besser an, als mir junge Menschen berichten. Die Jugendarbeit, wenn sie nicht durch die Jugendlichen selbst organisiert, ist noch ausbaufähig. Und auch das Angebot für junge Menschen ist dünn. Ich klammere hier bewusst die Schul-Sozialarbeit aus und fordere keine Aufstockung staatlich induzierter Programme! Kinder und Jugendliche brauchen Ihres Gleichen für ihre Entwicklung. Dass wir mit Geld unsere Probleme im sozialen Kontext zuzuschütten versuchen, zeigt wohl auch die enormen Kostensteigerungen für diese Bereiche.

2021 hat die Soziallast-Quote erstmals die 50 % Anteil überschritten. Mit 120,305 Mio. € des Gesamtaufwands von 237,78 Mio. € geben wir mehr als 1 Mio. € pro Einwohner in diesem Sektor aus. Für den vorliegenden Haushalt können wir die Soziallast-Quote noch nicht angeben und werden wegen vieler Unwägbarkeiten die Schlussrechnung abwarten. Was wir aber bereits vor 2 Jahren angemerkt haben, hat sich bewahrheitet: Der Anteil des Sozial-Budgets ist weiter gestiegen. Damals noch 60 % sind wir über den 2/3 Anteil geklettert. Im Bereich der Jugendhilfe liegen wir auf einen Höchst-Wert von 19,275 Mio. €. Hier beträgt der Zuschuss Bedarf mittlerweile fast 15 Mio. €! Die Aufwendungen sind um 2 Mio. € auf 19,275 Mio. € gestiegen und die Erträge nur um 500000 € auf 4,782 Mio. €. Hätten wir nicht die enormen Transfers bei der Neuberechnung des LFAGs erhalten, wie könnten wir dann unseren Haushalt überhaupt noch ausgleichen?

Wenn ich hier einen dringenden Handlungsbedarf sehe, dann hat das nicht mit sozialer Kälte zu tun, sondern schlichtweg mit der Frage, wie wir konstruktive Lösungen finden. Die Aussage, dass Fallzahlen steigen und damit auch die Kosten explorieren, kann keine zufriedenstellende Antwort sein. Es geht mir nicht

im Geringsten um eine Schel- te der Mitarbeiter in der Kreis- verwaltung. Vielmehr forde- re ich den Gesetzgeber auf, nach zu justieren. Denn wer sich intensiver mit den Zah- len beschäftigt, nimmt diesen akuten Ausgabenanstieg im Bereich der Jugendhilfe wahr. Hier sind Fragen nach der Ver- hältnismäßigkeit angebracht. Viele Menschen im Land be- nötigen derzeit eine Unter- stützung und Hilfe um über die „Runden“ zu kommen. Ge- nau dafür gilt es mehr tun!

Es ist festzustellen: Unser Haushalt ist gemessen am Ausgabenanteil noch sozialer geworden.

Unser Seniorenkreis

Auf der Homepage: „Nicht nur der jüngeren Generation, son- dern auch für die Mitbürge- rinnen und Mitbürger in der zweiten Lebenshälfte wird im Landkreis Bernkastel-Witt- lich viel geboten. Schließlich waren sie es, die mit großen Wiederaufbauleistungen nach dem Krieg zu unserem jetzigen Wohlstand wesentlich beige- tragen haben.

Der Kreis hat viele Initiativen unterstützt, die das Thema „Zuhause alt werden“ unter- stützen. Ein reges Vereinsle- ben, Beiräte auf Kreis und in verschiedenen Kommunen haben die Herausforderungen im Blick. Inklusion, Integri- ation und eine Willkommenskul- tur mögen weiche Faktoren sein. Am Beispiel der Integra- tionsleistung bei Geflüchteten und zuletzt durch den völker- rechtswidrigen Überfall auf die Ukraine, zeigt sich, dass wir eine aktive Bürgergesell- schaft haben. Viele Menschen haben sich beispiellos enga- giert und fremde Menschen zu Hause aufgenommen. Hier gilt unser Dank allen, die sich eingebracht haben. Dank an das Rote Kreuz für Ihren Ein- satz im Familienhotel in Ho- rath. #stand_with_Ukraine

Unser Lebenskreis

(an dieser Stelle wird auf ein Zitat der Kreisseite verzichtet) Im Feuerwehrwesen wer- den wir enorme Investiti- onen in Katastrophenschutz

(300000 € Planungskosten), in die Schnelleinsatzgruppe (614000 €) & Brandschutzaus- stellungen (300000 €) tätigen. An dieser Stelle bedanken wir uns bei unseren Feuerwehren & Katastrophen-Helfern. #Hel- den_des_Alltags

Bei allen Herausforderungen bleibt festzuhalten: 2023 er- höht sich die Finanzaus- gleichsmasse für Rheinland- Pfälzische Kommunen auf 3,8 Mrd. Euro womit sie um 357 Millionen Euro höher ausfällt als im Vorjahr. Daraus erhal- ten wir mehr Geld. Das Land bewegt sich somit in die rich- tige Richtung: #wer_bestellt_ bezahlt # Konnexitätsprinzip Infolgedessen weist der Er- gebnishaushalt 2023 einen um 31 % oder 576000 € hö- heren Überschuss gegenüber dem Vorjahr aus.

Das geben wir an die VGen, Stadt Wittlich und Gemein- de Morbach weiter. Wir sen- ken die Kreisumlage um 3 % Punkte, was aufgrund vieler Unwägbarkeiten eine vernünf- tige Entscheidung ist.

Weil wir seit Jahren solide wirtschaften, wird sich die FDP Fraktion auch diesen Haushalt gerne mittragen.

Zu guter Letzt

Sehr geehrter Landrat Eibes, vielen Dank Ihnen und den Mitarbeitern der Kreisverwal- tung für Ihr Wirken. Üblicher- weise kämen weihnachtliche Dankes- und Grußworte. An dieser Stelle wünsche ich Ihnen alle einen gesunden Start ins neue Jahr, dass Ihre Wün- sche in Erfüllung gehen mö- gen und Sie und Ihre Lieben gut durch diese Zeit kommen. #alles_wird_gut

Am Ende darf ich mich bei Ih- nen mit einem Zitat von Didi Hallervorden für Ihre Auf- merksamkeit bedanken: „Das größte Problem in der Ge- schichte der Menschheit ist, dass die Leute, die die Wahr- heit kennen, den Mund nicht aufmachen. Und diejenigen, die von nichts eine Ahnung haben, bekommt man ein- fach nicht zum Schweigen.“ #schweigen

FWG

Meine Damen und Herren, ich will es gleich auf den Punkt bringen: Der Kreishaushalt für das abgelaufene und auch die Planung für das kommende Jahr sieht besser aus, als wir erwartet hätten. Die Lage ist besser als die Stimmung.

Wir erwarten im kommenden Jahr eine Freie Finanzspitze i. H. v. 3,1 Mio. €. Die Konso- lidierung im Rahmen des KEF ist abgeschlossen und das 5 Jahre früher als erforderlich. Wir investieren rd. 24 Mio. €, wobei der Kreisanteil bei 5,2 Mio. € liegt. Die Schwerpunkte sind die Schulen, die Kitas, der Breitbandausbau und die Kreisstraßen. Der Kreis schafft 22 neue Stellen. So weit so gut! Nun zu der anderen Seite der Medaille:

1. Warum steht der Kreis ver- gleichsweise so gut da?

Einer der Hauptgründe ist die Bevorteilung der Kreise im Rahmen des Kommunalen Finanzausgleichs. Bei den all- gemeinen Deckungsmitteln erwartet der Kreis für 2023 ei- nen Zuwachs i. H. v. rd. 23 Mio. €. Gut für den Kreis, schlecht für die anderen Partner in der kommunalen Familie. Eine Neuordnung des Kommu- nalen Finanzausgleichs hätten wir uns anders vorgestellt. Vor Allem die Ortsgemeinden sind wieder die Leidtragenden bei dieser Finanzoperation. Das Land ist u. E. seinem Auftrag zur gerechten Neuorganisati- on des Kommunalen Finanzausgleichs nicht nachgekom- men. Nach wir vor müssen wir konstatieren, dass die Fi- nanzausstattung vieler Orts- gemeinden nicht ausreicht um die Pflichtaufgaben zu er- füllen. Die Verschuldungsspi- rale dieser Gemeinden wird sich trotz Entschuldungsfonds weiter nach unten bewegen. Ein strukturelles Problem, welches nach wie vor unge- löst ist.

2. Nach wie vor steigen die Kosten bei den sozialen Lei- stungen ungebremst weiter an. Es sind wohl nicht in er- ster Linie steigende Fallzahlen, die hierfür als Ursache ge-

nannt werden müssten, denn sonst müssten wir ja anneh- men, dass der Kreis Bernkas- tel-Wittlich sich zunehmend zum „sozialen Brennpunkt“ entwickelt. Es sind wohl die steigenden Kosten pro Fall. Je- der Einzelfall ist natürlich ein Mensch, der Hilfe benötigt. Die Frage, wie das in Zukunft finanziert werden soll, wenn die Entwicklung so weiter- geht, bleibt der Gesetzgeber allerdings weiterhin schuldig.

3. Die Kreisumlage

Der vorgelegte Kreishaus- halt für 2023 sieht eine Sen- kung der Kreisumlage um 3 % Punkte vor. Wir hatten, bevor wir die Zahlen kannten, be- reits eine Senkung um min- destens 2,5 % gefordert. Nun könnte man feststellen, dass man unserem Wunsch nach- gekommen ist. Das begrüßen wir. Bei genauer Durchsicht des Zahlenwerkes wäre aber u. E. auch noch Spielraum für eine Senkung um weitere 0,2 % Punkte, Geld was unsere Ortsgemeinden gut gebrau- chen könnten. Denn immerhin nimmt der Kreis trotz Umla- gensenkung gegenüber 2022 fast eine Mio. € mehr ein. Das ist das Geld der Orts- und Ver- bandsgemeinden. Trotzdem werden wir zustimmen.

4. Der ÖPNV

Nach und nach gehen auch in unserem Landkreis die Linien- bündel des neuen ÖPNV Kon- zeptes an den Start. Trotzdem bleibt der ÖPNV auf dem Lan- de ein Sorgenkind. Sicher wer- den es die Bürgerinnen und Bürger und auch die Ortsge- meinden begrüßen, wenn mehr Busse mit kürzeren Tak- tungen unsere Dörfer künftig bedienen. Es bleibt abzuwar- ten, ob das verbesserte Ange- bot dann auch entsprechend besser angenommen wird. Denn diese Annahme liegt dem neuen ÖPNV-Konzept ja zugrunde und ist die entschei- dende Säule der Finanzie- rung des besseren Angebotes. Sollte sich diese Annahme nicht bestätigen, so wird sich hier das nächste Finanzloch für den Kreis immer weiter öffnen. Auch wir Freien Wäh-

ler haben das Konzept von Anfang an mitgetragen aber auch immer kritisch begleitet. Nun stehen wir am Punkt der Vorabkennzeichnung, ein „Point of no return“. Wir legen uns für 10 Jahre fest und hoffen auf ein Gelingen des Projektes. Die Skepsis bleibt.

Sicher gibt es seitens der Gemeinden noch viele über das gegenwärtig vorliegende Konzept hinausgehende Wünsche, die letztlich aber auch weitere Kosten bedeuten. Dennoch sollte im Einzelfall geprüft werden, ob das Konzept stimmig ist. Eine Anpassung muss möglich bleiben. So können wir z. B. nicht verstehen, dass der Industriepark Region Trier mit seinen über 3000 Beschäftigten nicht adäquat angebunden ist. Hier ist eine Anbindung insbesondere über eine Buslinie Hetzerath – IRT – Schweich für uns mehr als sinnvoll, ja sogar dringend notwendig. Die parallel verlaufende Bahnstrecke ist in dem Fall kein Ersatz, denn der IRT ist nicht angebunden und der Bahnhof in Schweich liegt weitab der Schulen, die auch Schüler aus Rivenich und Hetzerath besuchen. Zudem ist Schweich für Hetzerath ein wichtiges Grundzentrum im Rahmen der Versorgung der Bürgerinnen und Bürger.

5. Personal

Im Kreishaushalt 2023 ist eine Aufstockung des Personals um weitere 22 Stellen mit zusätzlichen Kosten i. H. v. 1,7 Mio. € vorgesehen. Das erschien uns auf den ersten Blick als weitere Aufblähung der Verwaltung. Schaut man sich jedoch die geplanten Einsatzbereiche an, so stellt man schnell fest, dass auch die Aufgaben, insbesondere im sozialen Bereich und der Betreuung der Flüchtlinge stark wachsen. Dennoch ist auch festzustellen, dass der Bereich zusätzlicher, freiwilliger Projekte weiter zunimmt. Hier sollte u. E. in Zukunft kritischer geprüft werden, ob all diese Projekte notwendig sind und gerade dort eine intensive Evaluation stattfinden. Denn auch hier operieren wir letzt-

lich mit dem Geld der Gemeinden und des Steuerzahlers.

6. Kreisstraßen

Das Netz unserer Kreisstraßen soll nach dem Willen der Landesregierung weiter ausgedünnt werden. Dabei macht sich das Land die Finger selbst nicht schmutzig, sondern dreht ganz einfach dem Kreis den Geldhahn zu. So wird dieser durch die Hintertür gezwungen, Kreisstraßen abzustufen und den Gemeinden aufs Auge zu drücken. Diese Vorgehensweise des Landes scheint mittlerweile auch in anderen Bereichen gut zu funktionieren. Ich nenne das einen Taschenspielertrick. Man entledigt sich der Kosten, denn die Ortsgemeinden bekommen im Gegensatz zum Kreis dann keinerlei Mittel mehr für die Unterhaltung der Straßen. Darf man dann auch noch ein Brückenbauwerk wie im Falle Esch oder Klausen mit übernehmen, so stellt das für die Zukunft eine Erbschaft dar, die jeder klar denkende Mensch gerne ablehnen würde.

Ähnlich verhält es sich mit den Grundsteuern. Das Land zwingt die Ortsgemeinden durch die Hintertür die Grundsteuern anzuheben. Das Land selbst überlässt es gerne auch hier den Ortsgemeinden ihre Bürger zu schröpfen. Den Ortsgemeinden droht man im Falle einer Weigerung mit Entzug von Fördermitteln. Das nenne ich Erpressung.

Dieselbe Methode auch bei den Kitas. Immer neue Gesetze, immer neue Anforderungen, die die Gemeinden als Träger erfüllen müssen. Das Land stellt sich als Wohltäter hin und verkündet, man habe für die kostenfreien Kita-Plätze gesorgt. Dem Bürger wird dann auch noch durch verbale Klimmzüge die Sicht vernebelt. Anders kann ich Wortschöpfungen wie „das gute Kita Gesetz“ nicht interpretieren.

Um es hier noch einmal klar und deutlich zu sagen: Die Gemeinden tragen die wesentlichen Kosten und finanzieren

die kostenfreien Kita – Plätze, nicht der Kreis und auch vor Allem nicht das Land.

Meine Damen und Herren, wir sind an einem Punkt angelangt, wo es immer mehr Ortsgemeinden gibt, die aufgrund dieser von der Landesregierung gesetzten Rahmenbedingungen keinen Spaß mehr an der Selbstverwaltung haben. Im nächsten Jahr sind Kommunalwahlen und da werden auch wieder Menschen gebraucht, die sich in Gemeinderäten und Ortsbeiräten, als Ortsvorsteher, Ortsbürgermeister oder Ortsbürgermeisterin engagieren wollen. Wo soll die Motivation herkommen, angesichts dieser Bedingungen? Ich habe für mich jedenfalls entschieden, 2024 nicht mehr für das Amt des Ortsbürgermeisters zu kandidieren. Ich bin gespannt, wie es in vielen Ortsgemeinden im nächsten Jahr weitergehen wird.

Ich möchte meine Rede heute jedoch nicht mit dieser düsteren Aussicht abschließen. Ich danke Ihnen allen für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit, - der Verwaltung mit unserem Landrat Gregor Eibes an der Spitze für die gute Unterstützung die wir erfahren durften, allen ehrenamtlich Engagierten in unserem Kreis für deren Einsatz in Rettungsdiensten, Polizei, Feuerwehr, Kultur und Freizeit. Sie sind es, die unsere Dörfer und Städte lebenswert machen und durch ihren uneigennütigen Einsatz dafür sorgen, dass wir uns in unserer Heimat wohl fühlen. Wir werden dem Haushalt wie vorgelegt zustimmen. Vielen Dank.

AFD

Sehr geehrter Herr Landrat Eibes, werte Beigeordnete und Kreistagskollegen, sehr geehrte Damen und Herren, die Reform des kommunalen Finanzausgleichs (KFA) mit dem Systemwechsel von einem Steuerverbundsystem zu einem bedarfsorientierten Ausgleichssystem machte es notwendig, den Haushalt für

2023 erst jetzt zu Jahresbeginn statt schon Ende des alten Jahres zu beraten und zu verabschieden, wie es bisher gängige Praxis gewesen ist.

Herr Landrat Eibes hat uns heute einen soliden Haushaltsentwurf präsentiert, der uns die finanzielle Situation unseres Kreises verdeutlicht. Gegenüber dem Vorjahr ist bei den Allgemeinen Deckungsmitteln eine Gesamtverbesserung in Höhe von rund 23,6 Mio. Euro festzustellen. Bei der Kreisumlage wird der Umlagesatz für die Kommunen um 3% gesenkt werden können, was trotzdem nicht zu Mindereinnahmen führt, weil die Umlagegrundlagen ebenfalls eine Veränderung erfahren haben.

Der Ergebnishaushalt schließt kontinuierlich seit 2015 mit einem Überschuss ab. Für 2023 liegt dieser bei 2,43 Mio. Euro. Im Finanzhaushalt verbleibt nach Abzug von Tilgungsleistungen -welche wir begrüßen- noch eine sogenannte Freie Finanzspitze von 3,13 Mio. Euro.

Auf die Herausforderungen unserer Zeit möchte ich, sehr geehrte Damen und Herren, allerdings nicht weiter mit dem Verweis auf trockene Zahlen eingehen, sondern vielmehr die Ursachen hierfür reflektieren, die unser aller Leben und damit auch unser Gemeinwesen beeinflussen.

Es sind ein „woker“ Zeitgeist und immer weitere Krisen, die Einfluss nehmen darauf, wie wir uns für die Zukunft aufstellen und wo wir unsere Prioritäten setzen. Sie haben Auswirkungen auf unsere Steuerkraft, also die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit unserer Kommunen.

Naturkatastrophe:

Die Hochwasserkatastrophe von 2021 im Ahrtal und in unserer Region hatte uns Mängel im Bevölkerungsschutz aufgezeigt hinsichtlich funktionierender Frühwarnsysteme, entsprechender Ausrüstung der Rettungsdienste und Koordination der Hilfsmaßnahmen

auf Landesebene.

Unser Landkreis investiert nicht erst seit dieser Katastrophe kontinuierlich in den Brandschutz und den Zivil- und Katastrophenschutz. Allein in diesem Jahr sind für Beschaffung und Ausstattung für diese beiden Bereiche über 900.000 Euro an Haushaltsmitteln veranschlagt. Mittel für bauliche Brandschutzmaßnahmen -z.B. in den Schulen- sind darin natürlich nicht enthalten.

Priorität hat für den Landkreis und unseren Brand- und Katastrophenschutzinspekteur nach der Hochwasserkatastrophe die Planung und Umsetzung eines Katastrophenschutzentrums, für welches in diesem Jahr allein schon 300.000 Euro bereitgestellt werden.

An dieser Stelle sei allen im Bevölkerungsschutz tätigen ehrenamtlichen wie hauptberuflichen Personen herzlich gedankt, die sich jahrein und jahraus bei allen Notlagen für unsere Sicherheit einsetzen. Würdigen wollen wir auch jede anderweitige Unterstützung - wie z. B. die Stiftung mobiler Warnanlagen durch ein hier ansässiges Großunternehmen.

Asyl- und Migrationskrise:

Höhere Kosten sind besonders bei den sozialen Leistungen zu verzeichnen. Zu erklären sind diese durch eine stetig steigende Zuwanderung von Asylsuchenden in unser Land, zunächst bedingt durch die Grenzöffnung auch für Wirtschaftsflüchtlinge unter Angela Merkel seit 2015, und seit fast einem Jahr nun auch durch die Aufnahme von Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine.

Benötigter Wohnraum ist längst zur Mangelware geworden. Dies erkannte auch unser Landkreis bereits schon zeitig im letzten Jahr und mietete deshalb das Hotel Hochwald in Horath an, um dort ukrainische Flüchtlinge vor ihrer möglichen Weiterverteilung in die Kommunen unterbringen zu können.

Wegen fehlender Kapazitäten

richtete auch noch das Land ab November eine Außenstelle der AfA Hermeskeil auf dem Kueser Plateau ein. Weil jedoch versäumt wurde, die Verwaltungen und die Bevölkerung vor Ort mit einzubinden, verlangten die Bürger Aufklärung von der Landesregierung. Ihre Bedenken, dass bei einer Maximalbelegung der Einrichtung mit über 1000 Menschen die Relation von Flüchtlingen und Einwohnern in keinem gesunden Verhältnis mehr stünde, war berechtigt. Mittlerweile ruderte die Landesregierung zurück. Nun soll das Flüchtlingsheim bereits Ende April wieder aufgelöst und eine Außenstelle beim Flugplatz Hahn eingerichtet werden.

Mit Blick auf die Sozialausgaben und die begrenzten Unterbringungsmöglichkeiten bei weiteren Aufnahmen sollte die Frage erlaubt sein, inwieweit Platz für Kriegsflüchtlinge durch die Abschiebung ausreisepflichtiger Asylbewerber geschaffen werden kann.

Coronakrise:

Hier wurde von Regierungsseite in einem Klima der Angst mit Maßnahmen, deren Verhältnismäßigkeit zumindest aus heutiger Sicht zu hinterfragen ist, von Anfang an ein sehr harter Kurs gefahren.

Die Corona-Verordnungen und das Infektionsschutzgesetz hatten die Gesundheitsämter mit neuen Aufgaben über die Maßen auch personell gefordert. Der Bund hat nun ein "Förderprojekt zur Steigerung und Weiterentwicklung des digitalen Reifegrades des öffentlichen Gesundheitsdienstes in Deutschland" angestoßen, an welchem sich unser Landkreis beteiligen wird.

Wie ist der derzeitige Stand in Sachen Corona? Mittlerweile wissen wir, dass es bei Corona für Ansteckung und Übertragung keinen Unterschied macht, ob wir geimpft sind oder nicht. Im April letzten Jahres ist die Einführung der allgemeinen Corona-Impfpflicht im Bundestag wohl auch aus diesem Grund nicht

mehrheitsfähig gewesen.

Die bereits zuvor beschlossene einrichtungsbezogene Impfpflicht ist zum Jahresende 2022 stillschweigend ausgelaufen und die Impfzentren wurden ebenfalls geschlossen. Die Anzahl der registrierten Fälle von Impfnebenwirkungen bei dieser Covid-19-Impfung ist höher, als bei allen bisherigen Impfungen zusammen. Kürzlich fand eine Anhörung im Bundesgesundheitsausschuss zum Thema Übersterblichkeit statt. Der Ursache, weshalb eine Übersterblichkeit seit Impfbeginn, jedoch nicht seit Ausbruch der Pandemie zu registrieren war, geht man bis heute leider nicht nach.

Unser früherer Bundesgesundheitsminister Jens Spahn räumte seinerzeit ein: „Wir werden einander viel zu verzeihen haben.“ Recht hatte er! Nur war bis heute leider noch von keiner Seite eine Entschuldigung zu hören an die Adresse der ausgegrenzten Menschen, die der Impfung nicht trauten, denen durch Sanktionen die Existenzgrundlage genommen wurde, oder die man von ihrem sozialen Umfeld isoliert hatte.

Die Politik würde die Corona-Zeit am liebsten abhaken. Es ist jetzt aber dringend notwendig, mit deren Aufarbeitung zu beginnen.

Energiekrise:

Die Menschen haben Sorgen vor einer bereits prognostizierten Energiemangellage in der kalten Jahreszeit. Mit der Abkehr von Kernkraft und fossilen Energien und dem alleinigen Setzen auf Wind- und Solarkraft, die nicht immer verfügbar ist, wird der für eine Industrienation benötigte Energiebedarf nicht auf Dauer zu decken sein. Vielmehr ist ein gesunder Energiemix notwendig!

Das ist Realität, der sich nach der EU auch Deutschland stellen müssen. Wir sollten wieder in Forschung und neue Technologien -wie z. B. den Dual-Fluid-Reaktor- investieren. In unserem Haushalt

schlagen sich die durch deutsche Energie- und Sanktionspolitik bedingten horrenden Energiepreise in den gestiegenen Beförderungskosten für die Schüler und Kita-Kinder nieder. Sie zeigen sich bei den Bewirtschaftungskosten für unsere kommunalen Einrichtungen oder bei Investitionen in energetische Baumaßnahmen.

Wirtschaftskrise:

Energiekrise und die Auswirkungen der Corona-Krise, bedingen Lieferengpässe und führen zwangsläufig auch in eine Wirtschaftskrise. Größere Unternehmen drohen ins Ausland abzuwandern, wodurch Arbeitsplätze unwiederbringlich verlorengehen. Manches Kleinunternehmen auch in unserer Region hat die Corona-Maßnahmen nicht überlebt und ging in Insolvenz. Arbeitslosigkeit und Armut in der Bevölkerung drohen weiter zuzunehmen.

Bei den Omnibusunternehmen gibt es bundesweit einen Mangel an 5.000 Busfahrern, was auch die Sicherstellung des ÖPNV gefährdet. Wegen allgemeiner Kostensteigerungen hat auch der Zweckverband Abfallwirtschaft Trier (A.R.T.) seine Abfallgebühren anpassen müssen. Sie steigen somit ab diesem Jahr.

Es ist so, dass die einzelnen Landkreise im Zweckverband noch bis einschließlich 2025 über getrennte Gebührenhaushalte verfügen mit unterschiedlichen Jahresgrundgebühren, weil noch Unterschiede beim Eigenkapital bestehen. Erst ab der geplanten Zusammenlegung der Teilhaushalte ab 2026 wird es dann einheitliche Gebühren im gesamten Verbandsgebiet der A.R.T. geben.

Klimakrise:

Unbestritten ist, dass das Klima ständigem Wandel unterliegt! Verschiedene Faktoren -wie z. B. auch die Sonneneinstrahlung- beeinflussen diesen Wandel. Inwieweit auch der Mensch hierfür verantwortlich zu machen ist oder ob und wie einer Erderwärmung ent-

gegengewirkt werden kann, darüber muss sich die Wissenschaft austauschen.

Die Politik sollte den Schutz der Umwelt im Blick haben und sorgsam mit den vorhandenen natürlichen Ressourcen umgehen, ohne Klima als neue Religion oder Pandemie auszurufen. Mit der Einstellung einer Klimaschutzmanagerin trägt der Landkreis diesem Punkt auch Rechnung.

Die Notwendigkeit des Beitritts zu einem kommunalen Klimapakt, welcher bisher nicht einmal ausformuliert ist, sehen wir allerdings nicht. Hiermit würden wir nur freiwillig Kompetenzen aus der Hand geben.

Sehr geehrte Damen und Herren, in diesen krisenge-

schüttelten Zeiten wird unser aller Wunsch wohl sein, dass der Krieg in der Ukraine schnellstens enden möge. Mit Diplomatie statt mit Waffen sollten wir für Frieden in Europa eintreten, um nicht selbst noch zur Kriegspartei zu werden.

Ein weiterer Wunsch wäre: Weniger Staat – mehr Eigenverantwortung. Hierbei geht es nicht nur um die Verteidigung der persönlichen Freiheitsrechte gegenüber dem Staat. Eigenverantwortung bedeutet auch, dass es nicht Pflicht des Staates sein kann, für eine Rundum-Alimentierung seiner Bürger verantwortlich zu sein.

Auf kommunaler Ebene werden wir uns den künftigen He-

erausforderungen stellen und gemeinsam um die besten Lösungen und Entscheidungen ringen müssen.

Unserer Fraktion ist dabei ein sachliches Miteinander und ein gutes zwischenmenschliches Klima wichtig. Wir freuen uns auf eine gute Zusammenarbeit auch in 2023 und hoffen auf mindestens wieder vier gemeinsame Kreistagsitzungen, wie es unsere Geschäftsordnung doch vorsieht. Dem von der Verwaltung vorgelegten Haushaltsplanentwurf 2023 mit Stellenplan wird die AfD-Fraktion zustimmen.

Die Linke / ÖDP

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, sehr geehrter Landrat, sehr geehrte Kreistagskolleginnen und -kollegen, sehr geehrte Presse, die Kommune Landkreis Bernkastel-Wittlich ist, wie fast alle Kommunen, in eine finanziell außerordentlich schwierige Situation geraten. Verantwortlich hierfür sind – neben der

aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise – die politische Bundes- und die Landesebene, die mit ihrer neoliberalen Politik den Landkreis Bernkastel-Wittlich und die Gemeinden finanziell belasten, ohne einen angemessenen Ausgleich zu realisieren. So kann es nicht weiter gehen!

Unsere Landkreis Bernkastel-Wittlich braucht mehr Sozialwohnungen und nicht weniger. In unserem Landkreis Bernkastel-Wittlich leben viele einkommensschwache Bürger und Bürgerinnen, die sich die teuren Mieten nicht leisten können. Steigende Nebenkosten (Strom, Wasser, Heizkosten) belasten ohnehin schon den Geldbeutel der arbeitenden Bevölkerung. Sozialwohnungen sind die einzige Möglichkeit für den Landkreis Bernkastel-Wittlich, den Mietpreis unten zu halten. Auch die Mietpreisbremse und Sicherung der Mieten auf erträglicher Höhe sollten in Zukunft gewährleistet werden. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Infoabend für Existenzgründer am 9. Februar 2023

Nach wie vor stellt der Weg in die eigene Selbstständigkeit viele Existenzgründer und Existenzgründerinnen vor eine neue Herausforderung, da sie nicht nur mit Chancen, sondern auch mit Risiken verbunden ist.

Um eben diese Risiken zu minimieren, informiert die IHK Trier in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderung der Kreisverwaltung Bernkastel-Wittlich am 9. Februar 2023 im Rahmen eines Infoabends für Existenzgründer und Existenzgründerinnen. Bei diesem werden alle Interessierten über grundlegende Dinge, die es bei den ersten Schritten in Richtung Selbstständigkeit zu beachten gilt, aufgeklärt. Unter anderem werden Themen wie die Ermittlung des Kapitalbedarfs und die Besteuerung

des eigenen Unternehmens, sowie Fragen zur Finanzierung unter Berücksichtigung öffentlicher Finanzierungshilfen, gewerberechtliche Fragestellungen und Versicherungsfragen behandelt. Somit vermittelt die Veranstaltung potenziellen Existenzgründern und Existenzgründerinnen einen weitreichenden Überblick und unterstützt die Teilnehmer mit wertvollen Erstinformationen.

Eine Teilnahme ist nur nach vorheriger Anmeldung möglich. Die Veranstaltung wird online durchgeführt. Start der Veranstaltung ist 17:30 Uhr. Anmeldungen sind online über die Internetseite der IHK Trier sowie bei Alexandra Klar, IHK Trier, Tel.: 0651 9777-531, E-Mail: klar@trier.ihk.de. Die Teilnahmegebühr beträgt 25 €.



Auf der Suche nach genau dir Sei dabei und erlebe Kreisverwaltung

ab dem 01. Juli 2023:

Ausbildung zum Verwaltungswirt (m/w/d)

Was wir euch bieten und was wir von euch erwarten, findet ihr unter www.Bernkastel-Wittlich.de/ausbildung.html

Ansprechpartnerin bei Rückfragen:
Claudia Becker, Tel.: 06571 14-2118,
Claudia.Becker@Bernkastel-Wittlich.de



Aussagekräftige Bewerbungen werden bis zum 31.01.2023 ausschließlich über das Bewerbungsportal www.stellen.bernkastel-wittlich.de erbeten.

Blasorchester-Projekt „Hör mal was ich kann“

Das Team der Kreismusikjugend Bernkastel-Wittlich hat sich in Zusammenarbeit mit der Musikschule des Landkreises wieder dazu entschlossen, die Veranstaltung „Hör mal was ich kann“ in gewohnter Form mit einer Vorprobe in der Berufsbildenden Schule in Wittlich sowie einem Probewochenende in Klausen mit Übernachtung anzubieten.

Der Kurs ist für die jüngsten Musikerinnen und Musiker gedacht, die erst zwei bis drei Jahre in der Ausbildung sind. Sie sollen bereits früh die Möglichkeit erhalten in einem Blasorchester auf Kreisebene zu musizieren und Freude am Gemeinschaftserlebnis zu haben. Die Spielliteratur ist modern ausgerichtet und dem Leistungsstand der jungen Instrumentalistinnen und Instrumentalisten angepasst.

Das Projekt wird von der Sparkasse Mittelmosel Eifel-Mosel-Hunsrück und dem Landesmusikverband Rheinland-Pfalz unterstützt, was einen Teilnehmerbeitrag von nur 20 Euro für die gesamte Veranstaltung ermöglicht.

Termine sind Samstag, 25. Februar 13:30 bis 17:00 Uhr in der BBS Wittlich und das Probewochenende mit zwei Übernachtung findet am Wochenende 10. bis 12. März mit einem kleinen Abschlusskonzert für Eltern und Bekannte in der Eberhardsklausen in Klausen.

Anmeldung für alle interessierten Kinder und Jugendlichen – insbesondere aus den Musikvereinen – bis zum 13. Februar 2023 über die Kreismusikjugend. Dietmar Heidweiler, heidweiler.dietmar@kmv-bks-wil.de, 06508 917296.

LEADER: Jetzt für die Mosel aktiv werden!

Das Team der LAG Mosel freut sich auch in 2023 wieder attraktive Förderangebote für die Region anzubieten. Mit der Fördermöglichkeit „Ehrenamtliche Bürgerprojekte“ im Rahmen von LEADER können gemeinnützige Organisationen, Vereine, Interessensverbände oder auch lose Zusammenschlüsse von Einzelpersonen unterstützt werden. Jedes Projekt kann mit bis zu 2000 € Zuschuss gefördert werden. Alle Projekte werden – wie immer bei LEADER – anhand von Bewertungskriterien bepunktet und in eine Rangfolge ge-

bracht. Die besten Projekte werden dann gefördert.

Einreichungsfrist ist der 6. März 2023. Nach erfolgreicher Genehmigung ist eine Projektrealisierung bis zum 15.10.2023 erforderlich. Ansprechpartnerin für Ehrenamtliche Bürgerprojekte ist Edith Baden, Telefon 06571 14-2298, E-Mail: edith.baden@bernkastel-wittlich.de Umfangreiche Informationen zu den Angeboten, Anträge und Formulare, sowie realisierte Projektbeispiele finden Interessierte unter: <https://lag-mosel.de/>.

Verantwortlich für den Inhalt der Kreisnachrichten:

Kreisverwaltung Bernkastel-Wittlich

Postfach 1420, 54504 Wittlich

Ansprechpartner:

Mike-D. Winter,

Tel.: 06571 142205

E-Mail: Kreisnachrichten@Bernkastel-Wittlich.de

Öffentliche Bekanntmachungen und Ausschreibungen

Diese öffentlichen Bekanntmachungen und Ausschreibungen finden Sie auch im Internet unter www.Bernkastel-Wittlich.de/bekanntmachungen bzw. www.bernkastel-wittlich.de/ausschreibungen.

Öffentliche Ausschreibung nach UVgO (Kurztext)

Der Landkreis Bernkastel-Wittlich beabsichtigt, einen Auftrag über Schülerbeförderung mittags zurück von Burg-Landshut-Schule BKS nach Morbach-Rapperath zu vergeben. Submissionstermin ist der 27.01.2023, 11:00 Uhr. Der detaillierte Langtext der öffentlichen Ausschreibung kann im Internet unter www.bernkastel-wittlich.de/ausschreibungen.html abgerufen werden.

Kreisverwaltung Bernkastel-Wittlich, 11.01.2023
Im Auftrag: Andreas Müller

Öffentliche Ausschreibung nach VOB/A (Kurztext)

Der Landkreis Bernkastel-Wittlich beabsichtigt, einen Auftrag über Abbruch-, Erd- und Pflasterarbeiten an der Berufsbildenden Schule Bernkastel-Kues zu vergeben. Submissionstermin ist der 13.02.2023, 11:15 Uhr. Der detaillierte Langtext der öffentlichen Ausschreibung kann im Internet unter www.bernkastel-wittlich.de/ausschreibungen.html abgerufen werden.

Submissionstermin ist der 13.02.2023, 11:00 Uhr. Der detaillierte Langtext der öffentlichen Ausschreibung kann im Internet unter www.bernkastel-wittlich.de/ausschreibungen.html abgerufen werden.

Kreisverwaltung Bernkastel-Wittlich, 12.01.2023
Im Auftrag: Andreas Müller

Öffentliche Ausschreibung nach VOB/A (Kurztext)

Der Landkreis Bernkastel-Wittlich beabsichtigt, einen Auftrag über Stahlbauarbeiten (Fluchttreppe mit Podesten) an der Berufsbildenden Schule Bernkastel-Kues zu vergeben. Submissionstermin ist der 13.02.2023, 11:15 Uhr. Der detaillierte Langtext der öffentlichen Ausschreibung kann im Internet unter www.bernkastel-wittlich.de/ausschreibungen.html abgerufen werden.

Kreisverwaltung Bernkastel-Wittlich,

12.01.2023

Im Auftrag: Andreas Müller

Öffentliche Ausschreibung nach VOB/A (Kurztext)

Der Landkreis Bernkastel-Wittlich beabsichtigt, einen Auftrag über die Errichtung einer Trafokompaktstation mit Mittelspannungs-/ Niederspannungsschaltanlage an der Berufs-

bildenden Schule Bernkastel-Kues zu vergeben. Submissionstermin ist der 13.02.2023, 11:30 Uhr. Der detaillierte Langtext der öffentlichen Ausschreibung kann im Internet unter www.bernkastel-wittlich.de/ausschreibungen.html abgerufen werden.

Kreisverwaltung Bernkastel-Wittlich, 13.01.2023
Im Auftrag: Andreas Müller

Bekanntmachung nach dem Grundstücksverkehrsgesetz

Über die Genehmigung zur Veräußerung nachstehender Grundstücke ist nach dem Grundstücksverkehrsgesetz zu entscheiden:

GEMARKUNG:	DISTRIKT:	WIRTSCHAFTSART:	GRÖSSE
=====	=====	=====	=====
Kröv	Auf der Halzbach	Landwirtschaftsfläche	0,1278 ha

Landwirte/Forstwirte, die zur Aufstockung ihres Betriebes am Erwerb des(r) Grundstücks(e) interessiert sind, werden gebeten, dies der Unteren Landwirtschaftsbehörde bei der Kreisverwaltung Bernkastel-Wittlich, Kurfürstenstraße 16, 54516 Wittlich, bis spätestens 27.01.2023 schriftlich mitzuteilen. Ansprechpartner: Niklas Braun (Telefon: 06571 142418, E-Mail: Niklas.Braun@Bernkastel-Wittlich.de)